

Gewinnüberschuß. Hiervon werden zur Deckung des noch vorhandenen Fehlbetrags 243 163 M verwandt; der Rest wird den Rücklagen überwiesen.

**Nürnberg.** Nürnberger Lederfabrik, A.-G. vorm. Schreier & Naser. Nach Bestreitung der Unkosten und 9294 (8961) M Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 114 665 (110 042) M. Es werden wieder 12% Dividende verteilt.

**Sangerhausen.** Die Zuflüsse im Schachte der Gewerkschaft Heldrungen haben sich so verstärkt, daß erste Befürchtungen wacherufen sind. Die Zuflüsse betragen  $1-2\frac{1}{2}$  cbm in der Minute. An der Abdämmung des Schachtes wird angestrengt gearbeitet.

**Straßburg.** Die Elsässische Zuckerfabrik in Erstein erzielte im Geschäftsjahre 1906/07 einen Betriebsgewinn von 5109 M (i. V. 87 937 M Betriebsverlust). Da die Verzinsung der alten Schuld 39 319 (34 755) M und die Tilgungen 40 000 M (wie i. V.) erforderten, ergab sich ein neuer Verlust von 74 210 (162 692) M, wodurch der Fehlbetrag auf 286 283 M anwächst. Das Aktienkapital beträgt 1 000 000 M.

## Aus anderen Vereinen und Versammlungen.

**Kongreß für gewerblichen Rechtsschutz in Düsseldorf, 3.—8./9. 1907.** Der deutsche Verein für den Schutz des gewerblichen Eigentums arbeitet seit einem Jahrzehnt an der Vorbereitung einer Reform des Patentgesetzes und des Warenzeichengesetzes. Auf den Kongressen in Frankfurt, in Köln und in Hamburg waren die grundlegenden Ansichten des Vereins über verschiedene Punkte der oben genannten Gesetze niedergelegt worden. Alle diese Beschlüsse waren von zwei Kommissionen nochmals eingehend durchberaten und wurden jetzt dem Düsseldorfer Kongreß, gewissermaßen in zweiter Lesung vorgelegt, um endgültig die Ansichten und Wünsche der Industrie hinsichtlich des Schutzes des gewerblichen Eigentums kennen zu lernen. Der Düsseldorfer Kongreß war von um so größerer Bedeutung, als man auch in Regierungskreisen den Wunsch nach Abänderung unseres Patent- und Markenschutzgesetzes längst als berechtigt anerkannt und auch schon mit Vorarbeiten zur Abänderung begonnen hat. Die Regierung hat aber ausdrücklich erkennen lassen, daß sie die Beschlüsse des Düsseldorfer Kongresses bei ihren weiteren Arbeiten gern als Grundlage bzw. zur Berücksichtigung heranziehen wolle. So waren denn auch auf dem Kongreß, der vom 3.—8. September unter dem Vorsitz des Herrn Dir. von Schütz tagte, Vertreter der verschiedensten Reichs- und Staatsbehörden anwesend und nahmen an den Verhandlungen teilweise regen Anteil; erwähnt seien hier die Vertreter des Reichsamtes des Innern, des Preußischen Justizministeriums, des Kaiserlichen Patentamtes, ferner verschiedener Handels- und Gewerbekammern, industrieller Verbände usw. Auch das österreichische, das ungarische und das schwedische Patentamt hatten Vertreter zu dem Düsseldorfer Kongreß entsandt. Die Teilnehmerzahl belief sich im ganzen auf über 200.

Von den vielen Punkten der Tagesordnung seien hier nur die für uns Chemiker wichtigsten herausgegriffen. Was die Vorschläge der Kommission auf Abänderung des Patentgesetzes anbetrifft, so war für sie im wesentlichen das Ziel mit maßgebend, eine Vereinfachung des Verfahrens und, wo irgend möglich, eine Entlastung des Patentamtes herbeizuführen. Während bislang das Erteilungsverfahren derart ausgeübt wurde, daß ein Vorprüfer unter Mitwirkung mehrerer technischer Mitarbeiter (selbständiger Hilfsarbeiter) die Anmeldung prüfte, der Beschluß über Erteilung oder Versagung des Patentes aber von der Anmeldeabteilung ausging, wurde von der Kommission die Einführung eines Einzelprüfers vorgeschlagen, der also selbständig über Erteilung des Patentes entscheiden sollte. Eine Entlastung des Patentamtes wurde darin gesehen, daß, wenn die Einzelprüfer, die sich also ausschließlich mit der betr. Anmeldung von vornherein beschäftigt haben, die Entscheidung über die Anmeldung fällen, dann die Anmeldeabteilung ja wesentlich weniger zu tun bekäme. Bei der recht lebhaften Erörterung dieses Punktes wurden gegen diese Auffassung verschiedene Bedenken geltend gemacht, von mehreren Seiten wurde auch der Wert der kollegialen Beschlüsse gegenüber dem Beschlusse eines Einzelnen hervorgehoben. Der Kongreß nahm schließlich folgenden Antrag an: „Die Prüfung der Erfindung erfolgt durch ein technisches Mitglied des Patentamtes. Dieses entscheidet in erster Instanz. Im Einspruchverfahren ist die Anmeldeabteilung in erster Instanz zuständig.“ Gegen die Entscheidungen der Anmeldeabteilung bliebe dann immer noch die Beschwerdeabteilung als weitere Instanz bestehen.

Daß es, auch wenn der Ausbau der Stellung der Einzelprüfer im Gesetz nicht festgelegt würde, wünschenswert ist, daß im Patenterteilungsverfahren drei getrennte Instanzen bestehen, wurde auf Antrag von Dr. Wirth-Frankfurt a. M. zu einem weiteren Beschlusse des Kongresses erhoben. Welcher Art diese drei Instanzen im Erteilungsverfahren sein sollten, blieb dabei dahingestellt. Es wurde aus der Versammlung hierbei auf den etwa zu schaffenden Patentsondergerichtshof<sup>1)</sup> hingewiesen; doch erklärte der Vertreter des Preußischen Justizministeriums, Geheimrat Kübler, daß die Regierung sich dem Gedanken der Schaffung eines Patentsondergerichtshofes gegenüber ganz entschieden ablehnend verhalte. Dieser Patentgerichtshof wird einen Gegenstand der Verhandlungen auf dem nächstjährigen Kongresse, der in Leipzig stattfinden soll, bilden.

Verschiedene Anträge, die sich auf die Organisation und auf den Betrieb des Patentamtes, auf Änderung des § 4, Satz 1 des P. G. (Wirkung des Patentes), § 10 (Nichtigkeit und Abhängigkeit) bezogen, wurden abgelehnt bzw. zurückgezogen.

Hinsichtlich der Haftung des Patentamtes für Versehen, die von dessen Beamten im Dienste gemacht worden sind, wurde vom Kongresse der Wunsch ausgesprochen, daß die zu erstrebende

<sup>1)</sup> Vgl. auch die Ausführungen von Martius in dieser Zeitschrift 20, 936 [1907], Chem. Industr. 36, 141—146.

Haftung des Reiches für die durch Reichsbeamte in Ausübung der von ihnen vertretenen öffentlichen Gewalt verursachten Schäden auch auf die Beamten des Patentamtes ausgedehnt werde.

Betreffs der Abänderung des § 10, bzw. § 28 wurde ein Kommissionsantrag in folgender veränderter Gestalt angenommen: „Es ist wünschenswert, daß das Recht desjenigen, dem eine Erfindung entwendet worden ist, neben der Nichtigkeitsklage auch die Klage auf Übertragung des Patentes vor dem ordentlichen Gerichte zu erheben, auch im Patentgesetz zur ausdrücklichen Anerkennung gelangt.“

Über die Beibehaltung oder Aufhebung der in § 28, Absatz 3 P. G. ausgesprochenen fünfjährigen Präklusivfrist (nach Ablauf welcher also ein Antrag auf Nichtigkeitserklärung nicht mehr statthaft ist) erhob sich ein lebhafter Meinungsaustausch. Die Kommission hatte vorgeschlagen, diese Präklusivfrist abzuschaffen; hiergegen wurde aber hauptsächlich von der Industrie geltend gemacht, daß durch Beibehaltung dieser fünfjährigen Frist zweifellos die Rechtssicherheit und damit der Wert der Patente erhöht würde. Der Kommissionsantrag wurde denn auch mit 77 gegen 22 Stimmen abgelehnt, so daß sich also der Kongreß für die Beibehaltung der Präklusivfrist ausgesprochen hat.

Was die Zurücknahme des Patentes wegen nicht genügender Ausübung (§ 11 P. G.) anbelangt, so hatte die Kommission beantragt, aus dem § 11 die Zurücknahme ganz zu streichen und dafür die Zwangslizenz einzusetzen. Aus der Versammlung heraus wurde aber der Meinung Ausdruck gegeben, daß eine Abschaffung oder Milderung des Ausübungszwanges nur auf internationalem Wege erfolgen solle, daß gerade jetzt, wo England den Ausübungszwang einführt, für Deutschland der Augenblick nicht passend sei, den Ausübungszwang abzuschaffen. Der Kongreß beschloß, der am 6. September gleichfalls in Düsseldorf tagenden Versammlung der internationalen Vereinigung für gewerblichen Rechtsschutz die Annahme eines Antrages zu empfehlen, der eine internationale Regelung dieser Frage als wünschenswert bezeichnet, derart, daß allgemein die Einführung einer Zwangslizenz angestrebt werden soll.

Einen breiten Raum nahmen die Verhandlungen über die Patentgebühren in Anspruch. Die Kommission hatte vorgeschlagen, eine Anmeldegebühr von 50 M, eine Bekanntmachungsgebühr von 50 M und eine Erteilungsgebühr ebenfalls von 50 M, im ganzen also 150 M zu erheben. Hiergegen war der größte Teil der Kongreßteilnehmer der Ansicht, daß eine derartige Zahlung von einmaligen Gebühren (wie sie ja auch das amerikanische Patentgesetz hat) für unsere deutschen Verhältnisse nicht angebracht sei, und man nahm daher einen Antrag Tolksdorf an: „Steigende Jahresgebühren sind notwendig, um eine Beseitigung der nicht ausgenutzten Patente zu erzielen.“ Hinsichtlich der Höhe der Gebühren waren die Ansichten sehr geteilt, man einigte sich aber schließlich, wie wir schon mitteilten (diese Z. 20, 1632 [1907]), auf folgenden Antrag des Vereins deutscher

Chemiker, der mit allen gegen zwei Stimmen angenommen wurde: „Die Gebühr für die ersten fünf Jahre ist gleichbleibend auf je 50 M (einschließlich der Anmeldegebühr) festzusetzen. Vom sechsten Jahre ab sind die Gebühren um je 50 M jährlich zu steigern.“

Von Beschlüssen, die das Warenzeichenrecht betreffen, seien hier nur kurz folgende erwähnt. Schon seit langem hat man die Erteilung unserer Warenzeichen, wie sie jetzt gehandhabt wird, als zu Mißständen führend erkannt. Es war schon von verschiedenen Seiten vorgeschlagen worden, statt der jetzigen Warenverzeichnisse Warenklassen einzuführen. Der Kongreß hat sich diesem Wunsche angeschlossen, wobei der Ansicht Ausdruck gegeben wurde, daß die Industrie die durch Einführung des Warenklassensystems notwendigerweise entstehenden höheren Kosten gern tragen würde, und hat folgenden Antrag angenommen: „Der Kongreß empfiehlt die Einführung eines Warenklassensystems an Stelle des heutigen Systems. Die Einteilung der Warenklassen soll nach den Gesichtspunkten erfolgen, die sich aus der natürlichen Gruppierung der Waren im Handelsverkehr ergeben. Hiernach sind in erster Linie der Gebrauchszweck, in zweiter Linie Stoff und Art der Herstellung der Waren zu berücksichtigen.“

Ein Antrag der Kommission, das Aufgebotsverfahren in das deutsche Warenzeichenrecht einzuführen, wurde abgelehnt, dagegen ein Antrag angenommen, wonach bei Eintragung eines Warenzeichens der Inhaber eines älteren Zeichens auch ohne Mitteilung seitens des Patentamtes berechtigt sein soll, Einspruch zu erheben.

Endlich wurde mit überwiegender Mehrheit ein Antrag der Kommission angenommen, der das Recht des Vorbenutzers eines Warenzeichens auf weitere Benutzung sichert.

Bei der Tagung der internationalen Vereinigung für gewerblichen Rechtsschutz, die am 6. und 7. September ebenfalls in Düsseldorf unter starker Beteiligung ausländischer Interessenten stattfand, kam zunächst das neue schweizerische Patentgesetz zur Besprechung. Die Mängel desselben wurden allseitig anerkannt. Der Berichterstatter Dr. Kloeppel gab schließlich der Überzeugung Ausdruck, daß die Schweizer Fabrikanten, wenn sie erst selbst einmal gute Erfindungen machen werden, um ihr eigenes schlechtes Gesetz bange werden. Von anderer Seite wurde unter lebhafter Zustimmung fast aller Anwesenden auf die sehr Verbesserungsbedürftige Art und Weise hingewiesen, wie das Schweizer Amt bisher die einlaufenden Anmeldungen prüft. Man nahm endlich eine Resolution an, die es dem Eidgenössischen Amte für geistiges Eigentum nahe legt, bei der Prüfung von Patentanmeldungen in Zukunft in etwas mehr moderner Weise vorzugehen.

Auch das neue, unlängst angenommene englische Patentgesetz war Gegenstand der Erörterungen, die sich zu nachstehender Resolution verdichteten: „Der Kongreß spricht sein Bedauern darüber aus, daß das Prinzip des Ausübungszwanges in die englische Gesetzgebung Eingang gefunden hat, in die Gesetzgebung, die wir als den Ursprung aller Patentgesetze ansehen, und die sich immer

durch ihren weiten und liberalen Geist ausgezeichnet hat, sowie daß diese Aufnahme aus Gründen erfolgt ist, die dem Wesen des gewerblichen Rechtsschutzes fremd sind und mit dem Geiste der Pariser Konvention in Widerspruch stehen.“

Auch mit den holländischen Rechtsverhältnissen beschäftigte sich die internationale Vereinigung und nahm in dieser Beziehung folgenden Beschluß an: „Der Kongreß spricht sein Bedauern darüber aus, daß das so lange angekündigte holländische Patentgesetz noch nicht erlassen worden ist, und daß infolgedessen dem umfangreichen Mißbrauch ausländischer Erfindungen noch kein Ende bereitet worden ist.“

Von den verschiedenen Veranstaltungen, die der Kongreß den Teilnehmern bot, sei hier vor allen Dingen eines Ausfluges gedacht, der am 7. September nachmittags der Besichtigung des Leverkusener Werkes der Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer & Co. galt. Alle Teilnehmer, nicht nur die Laien, sondern auch die verschiedenen Angehörigen der chemischen Industrie, waren überrascht von der Großartigkeit der Anlagen, von der wunderbaren Organisation, die sich bis ins kleinste hinein überall zeigte. Um den Fachgenossen nur eine kleine Vorstellung von der Größe der Leverkusener Anlagen zu geben, seien folgende Zahlen angeführt: Das Leverkusener Werk, in dem zurzeit alle Zwischenprodukte und Farbstoffe der Firma hergestellt werden, umfaßt nicht weniger als 3 700 000 qm Fläche, von denen 340 000 bebaut sind. Das Werk ist durch eine eigene Kleinbahn mit der Station Mühlheim a. Rh. verbunden. Die Gleislänge dieser Kleinbahn beläuft sich auf 13 000 m. Innerhalb der Fabrik selbst ist eine Bahn vorhanden, die eine Gleislänge von 34 000 m hat. Das Rohrleitungsnetz in den Straßen hat für Wasser eine Länge von 40 000 m, für Gas eine Länge von 30 000 m. Der Verbrauch an Wasser beläuft sich an einem Tage auf 29 000 cbm, der Verbrauch an Gas auf 8000 cbm und der Verbrauch an Eis auf 183 300 kg. Die Anzahl der Dampfkessel beträgt 130 mit 12 000 qm Heizfläche. Auf dem Werke befinden sich 200 Dampfmaschinen mit 12 000 PS., 20 Dynamos und 450 Elektromotore (5800 PS.). Der Verbrauch an Kohle beläuft sich täglich auf 44 Doppelwaggons. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter beträgt zurzeit etwa 5900 (davon 1600 Handwerker), die Zahl der beschäftigten Beamten 1500, davon 205 Chemiker und 45 Ingenieure. Wahrhaft bewundernswürdig sind auch die verschiedenartigen Wohlfahrtseinrichtungen, die die Teilnehmer des Kongresses besichtigen konnten, auf die hier einzugehen aber zu weit führen würde. *Wohlgemuth.*

Unter zahlreicher Beteiligung seiner Mitglieder und unter Teilnahme von Vertretern der Behörden, sowie der Industrie und des Handels der Stadt hielt der **Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands** am Freitag, den 13./9. in Lübeck seine diesjährige Hauptversammlung ab. Nachdem Bürgermeister Dr. Schön dem Verein den Willkommengruß des Senats und der Bürgerschaft überbracht hatte, erstattete der Generalsekretär des Vereins, Dir. O. Wenzel-Berlin, einen interessanten Bericht über die wirt-

*schaftliche Gestaltung des verflossenen Jahres und besonders der chemischen Industrie* in diesem Zeitraum. Ein eingehenderes Referat über diesen Vortrag und über die übrigen Punkte der Tagesordnung erscheint im nächsten Heft. Erwähnt sei hier schon, daß die Beschlüsse betreffend Abänderung der §§ 133f und 133 g der R. G. O. und Reform des Patentgebührens systems mit den Danziger Beschlüssen des Vereins deutscher Chemiker übereinstimmen.

Die **79. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte** wurde am 15./9. in Dresden eröffnet. Vormittags fanden Sitzungen des Vorstandes und des wissenschaftlichen Ausschusses statt. In der Vorstandssitzung wurde beschlossen, der Gesellschaft als nächsten Versammlungsort Köln zu empfehlen, Prof. Wien-Würzburg als 3. Vorsitzenden und Prof. Max Plank-Berlin als Mitglied des Vorstandes in Vorschlag zu bringen. Um 11 Uhr vormittags wurde die reich beschiedene Ausstellung naturwissenschaftlicher und medizinisch-chirurgischer Gegenstände im städtischen Ausstellungsgebäude eröffnet. Am Abend wurden die zahlreich erschienenen Teilnehmer im großen Saale des Ausstellungsgebäudes durch die Geschäftsführer und einführenden Vorsitzenden begrüßt. — Die erste allgemeine Versammlung fand Montag d. 16./9. vormittags 9 Uhr statt. Nach zahlreichen Begrüßungsansprachen und Danksagungen durch den Vorsitzenden, Geh. Rat Naunyn, nahm Prof. Dr. Gutzmer-Halle das Wort, um den letzten Bericht über die Tätigkeit der Unterrichtskommission der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte zu erstatten, worauf Prof. Klein-Göttingen über die Wünsche der Kommission, betreffend Ausbildung der Lehramtskandidaten, berichtete. Da die Unterrichtskommission ihre Aufgabe nach nunmehr 3jähriger Tätigkeit als gelöst ansieht, löste sie sich auf; zur weiteren Durchführung der Vorschläge und Leitsätze der Kommission wird sich ein Unterrichtsausschuß bilden, in den Mitglieder aus den bedeutenden naturwissenschaftlichen Vereinen delegiert werden. — Dann sprach Geheimrat Hempel-Dresden über: „*Die Behandlung der Milch.*“ Einen Auszug dieses Vortrages finden unsere Leser am Anfang des vorliegenden Heftes, S. 1633. Hier auf behandelte Geh. Rat Hoche-Freiburg die „*Moderne Analyse psychischer Erscheinungen.*“ — Nachmittags 3 Uhr begannen die Sitzungen der 31 Abteilungen, für die diesmal etwa 700 Vorträge angemeldet waren; auch die folgenden Tage waren durch die Einzelsitzungen reichlich ausgefüllt. Über die Vorträge sowie den Verlauf der Versammlung werden wir ausführlich in den nächsten Heften berichten.

Die **Deutsche Sektion (D. S.) des Internationalen Vereins der Lederindustriechemiker** hält am 21. und 22. September 1907 seine Jahresversammlung in Frankfurt a. M. ab. Am 22./9. werden im Saale des Techn. Vereins (Götheplatz 5) nach Erledigung des geschäftlichen Teils die folgenden Referate erstattet: K. Schorlemmer-Worms: „*Die neue internationale Gerbstoff-Analyse (I. G. A.).*“ J. Paessler-Freiburg: „*Mitteilungen über die*

*Reißfestigkeit von Chromledern verschiedener Gerbung nach längerer Aufbewahrung.* P. Kauschke-Fechenheim: „Die Entsäuerung des Chromleders.“ H. Becker-Frankfurt: „Die Kältebeständigkeit des Klauenöles.“ J. Paessler-Freiberg: „Vorschläge zur einheitlichen Bestimmung der Löslichkeitsverhältnisse bei Gerbeextrakten.“ Anmeldungen sind an den Präsidenten, Herrn Prof. H. Becker, Frankfurt a. M., Niedenau 40, zu richten.

Die **Freie Vereinigung deutscher Apotheker** soll, nach einem Beschluß der Landapothekerversammlung, in Eisenach unter dem Namen „Verein zur Wahrung wirtschaftlicher Interessen deutscher Apotheker“ ins Handelsregister eingetragen werden. Der Sitz des Vereins wird Leipzig sein, zu Vorsitzenden wurden gewählt die Herren Kührtze, Ehlermann und Holz.

## Personal- und Hochschulnachrichten.

Auf dem I. Deutschen Hochschul-Lehrertag zu Salzburg wurde die folgende Resolution angenommen: Eine der wichtigsten Grundlagen für das Gedeihen der Hochschule ist die Sicherung eines tüchtigen und berufsfreudigen Nachwuchses für das akademische Lehramt. Zu diesem Zwecke hält die erste Tagung der Hochschullehrer folgendes für erforderlich: 1. Die Zulassung zum akademischen Lehrberuf muß der Autonomie der Hochschulen erhalten bleiben. 2. Die Professorenkollegien sollen bei Zulassung zur Privatdozentur die höchsten Anforderungen an die wissenschaftlichen Leistungen der Bewerber stellen, aber jeder wissenschaftlichen Richtung gleichmäßig den Zugang offen lassen. Auszuschließen sind Personen, die nach ihrer Lebensführung oder Lebensstellung ungeeignet für den Lehrberuf und die unabhängige Forschung erscheinen. 3. Den außerordentlichen Professoren und Privatdozenten ist die ihnen als Mitgliedern von Hochschulen gebührende Stellung ohne Engerzigkeit und soweit als möglich zu sichern. Insbesondere ist überall eine Einrichtung dahin zu treffen, daß sie bei den allgemeinen Angelegenheiten des Lehrberufs in den Körperschaften der Hochschule auf geordnetem Wege zu Gehör kommen. 4. Es ist darauf Bedacht zu nehmen, daß Privatdozenten und unbesoldete Extraordinarien, deren Tüchtigkeit bewährt ist, besoldete Extraordinariate erhalten.

Den Privatdozenten an der Berliner Technischen Hochschule, Dr. Karl Arndt (Physikalische Chemie), Dr. Hugo Simonis (Organische Chemie) und Dr. Hugo Voswinkel (Chemie) ist der Professortitel verliehen worden.

Dr. E. Marx, Privatdozent für Physik an der Universität Leipzig, wurde zum a. o. Professor ernannt.

Dr. M. Reinganum, Privatdozent für Physik an der Universität Freiburg i. Br., erhielt den Titel Professor.

Heinrich Sachs-Friedenau, Besitzer der pharmazeutischen Fabrik Friedenau, wurde zum Kommissionsrat ernannt.

Die belgische Akademie der Wissenschaften erwählte Prof. Dr. Wallach-Göttingen und Prof. S. Arrhenius-Stockholm zu auswärtigen Mitgliedern.

Seinen 80. Geburtstag feierte am 14. ds. der etatsmäßige Dozent für Photographie an der Technischen Hochschule in Dresden, Prof. Hermann Krone.

Dr. J. Bodansky, Chefredakteur des „Prager Zuckermarktes“, konnte am 1./9. auf eine 25jährige Tätigkeit als Leiter der Zeitschrift zurückblicken.

Dr. A. Grün habilitierte sich an der Universität Wien für das Fach der Chemie.

Dr. H. Greinacher-St. Gallen habilitierte sich am Polytechnikum Zürich für Physik.

Genrealdirektor Kwasniewski der Renard-Grube bei Kattowitz, fand einen plötzlichen und unerwarteten Tod.

Thomas Berry, Chemikalienfabrikant, starb in Manchester am 2./9.

G. H. Allsopp, Direktor der Brauereien Allsopp, starb am 9. September in St. Giles bei Salisbury im 61. Jahre.

## Bücherbesprechungen.

**XVIII. Jahresbericht über die Tätigkeit der Untersuchungsanstalt für Nahrungs- und Genußmittel des Allgem. österr. Apotheker-Vereines (1905/1906).** Verfaßt vom Direktor der Anstalt Dr. M. Mansfeld. Wien 1906. 16 S. 8°.

In der Zeit vom 1./9. 1905 bis 31./8. 1906 wurden von der Anstalt 1321 Proben von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen untersucht, von denen 160 von Apothekern, 125 von Behörden, 59 von Abonnenten und 276 als Kontrollanalysen eingesandt und wovon 337 = 25% (nach Abzug der Kontrollanalysen 32%) zu beanstanden waren. Der Bericht enthält zahlreiche Einzelheiten über die Untersuchungsergebnisse der Proben, insbesondere von Kakao, Trockenmilch, diätetischen Präparaten, Seifen usw.

C. Mai.

## Patentanmeldungen.

Klasse: Reichsanzeiger vom 9./9. 1907.

- 8m. F. 21 590. Verfahren zur Herstellung von für die Gärungsküpe geeigneten **Thioindigorot-leukopräparaten**; Zus. z. Anm. F. 19 536. [M]. 3./4. 1906.
- 12p. F. 22 394. Verfahren zur Reduktion von **Farbstoffen der Indigoreihe**. [M]. 12./10. 1906.
- 12q. U. 2907. Verfahren zur Herstellung von **p-Nitrodiphenylamin** und Derivaten desselben. Dr. F. Ullmann, Berlin. 16./7. 1906.
- 22a. S. 23 505. Verfahren zur Herstellung von **Azofarbstoffen**, die den Rest einer in Fetten vorkommenden Fettsäure enthalten; Zus. z. Pat. 188 909. Dr. N. Sulzberger, Berlin. 13./10. 1906.
- 24a. K. 32 274. Einrichtung zur **Rauchverzehrung** mit Rückleitung der Rauchgase zur Feuer-